

---

**Für Sie in Berlin!**

**Markus Grübel MdB berichtet  
aus dem Deutschen Bundestag**



---

### **Themen der Woche**

---

- 1. Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland**
- 2. Gerechte Finanzierung der Straßeninfrastruktur**
- 3. Dienst in der Bundeswehr wird attraktiver!**
- 4. Besserer Schutz für Kleinanleger**
- 5. Frauenquote steigt!**

#### **1. Verlängerung des Hilfsprogramms für Griechenland**

Diese Sitzungswoche war natürlich maßgeblich durch die Abstimmung über den Antrag der griechischen Regierung auf Verlängerung des Hilfsprogramms um vier Monate bis Ende Juni 2015 geprägt. Schon in unserer Fraktionssitzung am vergangenen Dienstag haben wir über das Thema intensiv debattiert. Viele haben an diesem Freitag „mit der Faust in der Tasche“ einer Verlängerung des Hilfsprogramms zugestimmt. Auch mir persönlich ist die Zustimmung zur Verlängerung des Hilfsprogramms nicht leicht gefallen! Die griechische Regierung hat in den

vergangenen Wochen unsere Nerven stark strapaziert und auch in der deutschen Bevölkerung viel Vertrauen und Verständnis verspielt. Die amtierende griechische Regierung hatte ja im Wahlkampf und danach ihrer Bevölkerung gesagt, sie brauche kein Programm, sie werde die Bedingungen des Programms nicht erfüllen. Daraufhin haben wir gesagt: Dann gibt es eben kein Programm. Dann wollten sie aber gerne das Geld haben. Dann haben wir gesagt: Dann müsst ihr das Programm erfüllen. Und jetzt haben sie, um das Programm zu erfüllen, mehr Zeit. Es gibt keine neuen Bedingungen im Programm – das ist in der Öffentlichkeit teilweise falsch

dargestellt worden – sondern sie haben mehr Zeit, um die Auflagen des Programms, die sie eigentlich bis Ende vergangenen Jahres hätten erfüllen müssen, erfüllen zu können.

Schauen wir noch einmal klar auf die Fakten:

**Es geht nicht um ein neues Programm! Es geht auch nicht um Auszahlungen oder neue Milliarden!** Wir haben an diesem Freitag die Verlängerung des 2. Hilfsprogramms um vier Monate beschlossen, nicht mehr und nicht weniger! Es ist eine Verlängerung, die an harte Kriterien geknüpft ist. Ende April muss ein klares Maßnahmenpaket mit einem Zeitplan vorliegen. In vier Monaten werden wir prüfen, ob die griechische Regierung ihre Hausaufgaben gemacht hat.

Auf Basis eines Antrags Griechenlands auf Verlängerung des Anpassungsprogramms hatte die Eurogruppe sich am 20. Februar 2015 in einer gemeinsamen Erklärung auf Bedingungen verständigt, unter denen sie eine Verlängerung des laufenden Programms befürwortet: Ziel der technischen Verlängerung ist der ordnungsgemäße Abschluss der Programmüberprüfung auf Basis der existierenden Auflagen. Reformen werden nicht zurückgedreht! Auch schreitet Griechenland nicht mit einseitigen, nicht abgestimmten Maßnahmen voran. Griechenland bestätigt seine Verpflichtung, den Schuldendienst gegenüber allen

Gläubigern vollständig zu leisten und Athen setzt seine Kooperation mit der Troika fort und zielt mit einer Verlängerung auf einen erfolgreichen Abschluss der laufenden Programmüberprüfung ab.

Weitere Gelder aus dem laufenden Programm werden nur fließen, wenn die Troika bestätigt, dass die von der neuen Regierung vorgelegten Reformmaßnahmen einen erfolgreichen Abschluss des Programms gewährleisten. Die neue griechische Regierung hat sich gegenüber den Euro-Partnern zur Zusammenarbeit mit den drei Institutionen und zu Strukturreformen zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung bekannt!

Hat es überhaupt noch Sinn, Griechenland zu unterstützen? Ich meine, dass es falsch wäre, jetzt auf halbem Weg stehenzubleiben. Wir haben uns entschieden, dass Griechenland in der Euro-Zone bleiben soll. Jetzt sollten wir konsequent den Reformprozess fortführen! Ein Ausscheiden von Griechenland aus der Eurozone hätte weitreichende Konsequenzen, auch außenpolitisch in der gegenwärtigen Lage. Es ist aber auch klar, dass es deutsche Solidarität nur gegen griechische Reformen gibt! Griechenland muss jetzt liefern. Es ist die letzte Chance für Athen.

## **2. Gerechte Finanzierung der Straßeninfrastruktur**

Die geplante Infrastrukturabgabe, auch „Pkw-Maut“ genannt, ist auf dem parlamentarischen Weg. An diesem Donnerstag debattierten wir erstmals über die geplante Abgabe auf Grundlage von zwei Gesetzentwürfen der Bundesregierung. Im ersten Gesetzentwurf geht es um die Einführung einer Abgabe (Maut), die gleichermaßen von Haltern von im Inland und im Ausland zugelassenen Pkw und Wohnmobilen für die Nutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen zu entrichten ist. Da die Halter von in Deutschland zugelassenen Pkw und Wohnmobilen bereits über die Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer zur Finanzierung des Bundesfernstraßennetzes beitragen, werden in dem zweiten Gesetzentwurf Steuerentlastungsbeträge in das Kraftfahrzeugsteuergesetz aufgenommen. Damit sollen zusätzliche Belastungen für Halter von in Deutschland zugelassenen Fahrzeugen vermieden werden!

Das Prinzip lautet: „Wer nutzt, der bezahlt.“ Da die größte Belastung der Straßen durch die Lkw kommt, soll die Lkw-Maut auf Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen und auf alle Bundesstraßen ausgeweitet werden solle. Zusätzlich soll durch die Pkw-Maut mehr Geld für die Infrastruktur bereitgestellt werden.

## **3. Dienst in der Bundeswehr wird attraktiver!**

Für die Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr soll zukünftig analog zu den Bundesbeamten prinzipiell eine regelmäßige Wochenarbeitszeit von 41 Stunden gelten. Ausnahmen sollen nur erlaubt sein, um den Dienstbetrieb und die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte aufrechtzuerhalten. Dies sieht der von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen vorgelegte Entwurf eines Gesetzentwurfs zur Steigerung der Attraktivität des Dienstes in der Bundeswehr vor, über den der Bundestag an diesem Donnerstag in zweiter und dritter Lesung abschließend beraten hat!

Das Gesetzespaket sieht für unsere Soldatinnen und Soldanten eine Reihe von Verbesserungen in den Bereichen Arbeitszeiten, Besoldung, Beförderungen und soziale Absicherung für die Soldaten vor. So sollen neben der Einführung der 41-Stunden-Woche die Möglichkeiten für Teilzeitbeschäftigungen nach dem Vorbild des öffentlichen Dienstes ausgebaut werden. Mit diesen Regelungen wollen wir vor allem die Vereinbarkeit von Dienst, Familienleben und Freizeit erleichtern. Verbesserungen sieht das Gesetz auch bei der sozialen Absicherung der Soldaten vor. So werden Zeitsoldaten zukünftig eine erhöhte Nachversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten. Zudem wird

der Stichtag für Entschädigungszahlungen nach dem Einsatzversorgungsgesetz für Soldaten, die in Auslandseinsätzen verletzt wurden, vom 1. Dezember 2002 auf den 1. Juli 1992 vorverlegt.

#### **4. Besserer Schutz für Kleinanleger**

Die Bundesregierung will die Transparenz von Finanzprodukten und die Information der Anleger verbessern und hat dafür in dieser Woche den Entwurf eines Kleinanlegerschutzgesetzes in den Deutschen Bundestag eingebracht. Das Gesetz ermöglicht es den Anlegern, sich vor dem Erwerb risikobehafteter Vermögensanlagen besser zu informieren.

Vorgesehen ist außerdem, die Sanktionsmöglichkeiten gegen Anbieter und Vermittler von Vermögensanlagen zu verschärfen. Die zielgerichteten Instrumente dafür reichen von strengeren Prospektpflichten über die Einführung einer Mindestlaufzeit bis hin zu Vermarktungsverboten bestimmter Produkte. Nicht zuletzt sind auch eine Regelung der Schwarmfinanzierung (*crowdfunding*) vorgesehen sowie die gesetzliche Verankerung des kollektiven Verbraucherschutzes als ein Aufsichtsziel der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

#### **5. Frauenquote steigt!**

Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung ermittelt hat, nehmen Frauen auf dem deutschen Arbeitsmarkt eine immer wichtigere Rolle ein: Die Erwerbsquote der Frauen stieg in Deutschland seit 1995 um rund zehn Prozentpunkte – die der Männer hingegen um etwa einen Prozentpunkt. Im Jahr 2013 waren 46 Prozent aller Erwerbstätigen im Land weiblich. Da aber weiterhin mehr Frauen als Männer in Teilzeit arbeiten, lag ihr Anteil am Arbeitsvolumen weiterhin niedriger - bei rund 40 Prozent. Im Jahr 2013 arbeitete fast jede zweite erwerbstätige Frau in Teilzeit, bei den Männern jeder neunte.

Insgesamt waren noch nie so viele Frauen in Deutschland erwerbstätig wie heute! Angesichts der demographischen Entwicklung ist dieser Anstieg für unsere wirtschaftliche Entwicklung positiv. Zwischen 1995 und 2013 stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen von 15 auf 18 Millionen. Die Zahl der männlichen Erwerbspersonen stieg über denselben Zeitraum nur leicht - von 22,4 auf 22,9 Millionen.